

Ressort: Finanzen

Mehrheit der Bundesländer für Bargeldobergrenze

Berlin, 21.09.2016, 07:18 Uhr

GDN - Die Mehrheit der 16 Länderfinanzminister plädiert für die Einführung einer Obergrenze beim Barzahlen. Die sieben SPD-geführten Ressorts zeigten sich in einer exklusiven Umfrage des "Handelsblatts" (Mittwochsausgabe) geschlossen: Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Hamburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen sind dafür.

Das gilt auch für den von den Linken gestellten Finanzminister in Brandenburg. Dagegen zeigt sich die Union gespalten: Saarland und Sachsen plädieren für eine Beschränkung, Sachsen-Anhalt ist unentschieden, Hessen und Bayern sind gegen Bargeldobergrenzen. Die Grünen sind sich wiederum einig. Alle drei Finanzressort-Chefinnen in Baden-Württemberg, Bremen und Schleswig-Holstein machen Vorbehalte gegen eine Bargeldbeschränkung geltend. Auch unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Ländergewichte im Bundesrat wäre eine Mehrheit für eine Bargeldobergrenze.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-78323/mehrheit-der-bundeslaender-fuer-bargeldobergrenze.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com